



Ganztagsschulangebot auch für GMHütte?

In einem Erlaß vom 07.07.1988 weist der Niedersächsische Kultusminister empfehlend auf die Möglichkeit der Einrichtung von Ganztagschulen als Angebotsschulen hin. Eine Ganztagschule macht ihren Schülern an mindestens vier Tagen einer Woche ein ganztägiges Unterrichts- und Freizeitangebot. (Der Sonnabend kann dann grundsätzlich unterrichtsfrei gehalten werden.)

Der Unterricht am Nachmittag soll bei Grundschulen nicht vor 15.00 Uhr, bei den anderen Schulen nicht vor 16.00 Uhr schließen. Neben dem normalen Pflichtunterricht bieten die Ganztagschulen Arbeitsgemeinschaften, Übungsstunden, Fördermaßnahmen und Freizeitangebote an. Dem Klassenlehrer ist die Möglichkeit gegeben, Schüler individuell zu beraten, seine besonderen erzieherischen und organisatorischen Aufgaben als Klassenlehrer wahrzunehmen.

Neben diesen schulischen Aspekten bietet die Ganztagschule – sie ist in fast allen europäischen Ländern die Regelschule – zahlreiche jugend- und familienpolitische Vorteile: – Eltern wissen, falls sie beide berufstätig sind, ihre Kinder in sicherer Obhut und können davon ausgehen, daß ihre

Kinder zu sinnvoller Freizeitgestaltung angehalten werden.

- Das gleiche gilt für berufstätige alleinerziehende Mütter und Väter.
- Kostenverursachender Nachhilfeunterricht könnte entfallen.

Selbstverständlich ist eine Ganztagschule eine Ange-

botsschule. Die Einwilligung der Eltern ist Voraussetzung für die Einrichtung. Der Schulausschuß hat sich auf Anregung der SPD-Fraktion mit der Angelegenheit befaßt und die Verwaltung beauftragt, Schulen und Elternvertreter über diese Möglichkeit zu informieren.

Helmut Stahlmann



Ministerpräsidentenkandidat Gerhard Schröder bei seinem Besuch in GMHütte in Sachen Klöckner im Frühjahr dieses Jahres. Mit auf dem Bild sind (v. l.) H. Tolsdorf, H. Kaiser (MdL) und D. Selige.

Ausbau der Oeseder Straße und Errichtung eines neuen Geschäftszentrums

Die Erhaltung und Entwicklung des Ortszentrums Oesede durch eine Sanierung ist im Rat unumstritten. Die wünschenswerte Verbesserung der städtebaulichen Attraktivität als Gegengewicht zu den Großmärkten in Harderberg soll durch einen verkehrsberuhigten Ausbau der Oeseder Straße und durch die Errichtung eines neuen Geschäftszentrums mit Rathausanteil eingeleitet werden. Anschließend private Initiativen sind gefordert und bereits angekündigt. Eine Belebung des Ortskerns sollte sich dabei nicht nur auf die üblichen Geschäftszeiten beschränken. Viele gelungene – aber auch negative – Beispiele gibt es in den verschiedenen Städten und Gemeinden der weiteren und näheren Umgebung. Ob es uns gelingt, das gesteckte Ziel zu erreichen, muß sich zeigen. Die nicht akzeptable Alternative hieße: nichts zu tun und alles beim alten zu lassen.

Mit sehr großem planerischen und gutachterlichen Aufwand gingen Rat und Verwaltung an diese schwierige Aufgabe. Inzwischen sind die Weichen gestellt und die notwendigen vorbereitenden Schritte abgeschlossen. Was noch fehlt, sind die finanziellen Zusagen zur Aufnahme in das Sanierungsprogramm (Bundes- u. Landesmittel). Erst in den letzten Tagen zerstörte Sozialminister Schnipkoweit (CDU) unsere Hoffnung auf Bereitstellung von Förderungsmitteln im Landesnachtragshaushalt 1988. Andere Gemeinden wie Dissen kamen zum Zuge, obwohl Schnipkoweit 1987 bei seinem Besuch

in Georgsmarienhütte eine positive Entscheidung zusagte. Nun hoffen wir auf eine Anerkennung im Jahre 1989.

Eng mit dem bezuschussungsfähigen Ausbau der Oeseder Straße verknüpft ist der Bau eines neuen Geschäftszentrums mit Rathausanteil (dort, wo das jetzige Rathaus steht). In diesem Abschnitt der Oeseder Straße soll ein komplexes Gebäude errichtet werden, in dessen Erdgeschoß auf einer Fläche von ca. 2.100 qm mehrere Geschäfte einziehen sollen. Hindurch führt eine abgewinkelte Passage zum Kirmesplatz. Die Nachfrage nach zusätzlicher Geschäftsfläche ist vorhanden. In den zwei Obergeschossen sind Teile der Verwaltung und ein angemessener Ratssitzungssaal geplant.

Die Ergebnisse des Investorenwettbewerbs sahen teilweise wesentlich größere, kostspieligere Bauwerke unter Inanspruchnahme des Kirmesplatzes vor. Das Verwaltungsgebäude II (ehem. Michaelisschule) sollte dabei von der Verwaltung weiterhin genutzt werden. Die endgültige Finanzierungsentscheidung behielt sich der Rat bis zur Vorlage der Kosten- und Finanzierungspläne und der Einbeziehung der Oeseder Straße in das Sanierungsprogramm vor. Der Rathausanteil, der von der Stadt zu finanzieren wäre, kostet etwa 8 Mio. DM. In dieser Summe ist eine Tiefgarage mit 1,3 Mio. DM enthalten. Die Verschuldung der Stadt liegt mit 62 Mio. DM weit oberhalb des Durchschnitts ver-

gleichbarer Städte. Es ist daher angesichts hoher Zinslasten dringend geboten, den Schuldenstand abzutragen, um künftig noch andere freiwillige Aufgaben (z. B. Kultur, Umwelt, Soziales) erfüllen zu können.

Jeder normale Häuslebauer weiß aber, daß das Warten auf einen finanziell günstigen Baubeginn nichts einbringt. Die gegenwärtig steigenden Steuereinnahmen und das zu erwartende Strukturhilfeprogramm (man kann es auch Beschäftigungsprogramm nennen) des Bundes mit 10jähriger Laufzeit bieten eine gute Chance für eine günstige Finanzierung. Bei Streichung der aus unserer Sicht nicht notwendigen Tiefgarage und der Einwerbung von mindestens 1 Mio. DM Bundes- u. Landeszuschüssen ist der Rathausanteil aufgrund der Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung ohne Schuldenanstieg finanzierbar.

Diese historische Chance sollte – trotz eines bestehenden finanziellen Unsicherheitsfaktors – nicht vertan werden.

Dieter Selige

Herausgeber:
SPD-Ortsverein GMHütte

Redaktion: Johannes Köhne
Sperberhöhe 27
(zugleich verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Satz und Druck:
Arbeiterwohlfahrt Ortsverein
Oesede e. V.

Auflage: 10 000 Stück

Stadtsportverband gegründet

Nach langen und intensiven Vorgesprächen konnte am 25.08.1988 der Stadtsportverband ins Leben gerufen werden. Diesem Verband haben sich alle Sportvereine der Stadt Georgsmarienhütte angeschlossen. Auch die Sportfreunde Oesede, die zunächst eine abwartende Haltung einnahmen, haben einen Aufnahmeantrag gestellt. Damit vertritt der Stadtsportverband die Interessen von 28 Vereinen und rund 10 000 Mitgliedern. Das ist ein Drittel der Bevölkerung der Stadt.

Die Vereinsstrukturen und die Mitgliederzahlen sind sehr unterschiedlich. In einigen Vereinen werden verschiedene Sportarten ausgeübt (insgesamt gibt es 35 unterschiedliche Sportarten), andere Vereine haben sich auf eine Sportart spezialisiert. Die Bandbreite der Mitgliederzahlen liegt zwischen 26 und über 1700.

Der Stadtverband sieht seine Aufgaben

- in der Förderung der Kooperation zwischen den Vereinen,
 - in der Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber kommunalen Körperschaften und Behörden,
 - in der Beratung bei der Anschaffung von Sportgeräten, bei der Planung und Einrichtung von Sportstätten, bei der Aufstellung von Benutzungsplänen für Sportstätten.
- Der Stadtsportverband will Ansprechpartner und Bindeglied zwischen den Sportvereinen sein, er will **nicht** die Eigenständigkeit der Vereine in irgendeiner Weise beschneiden. Der Stadtsportverband sieht seine Aufgaben aber nicht nur im organisatorischen Bereich. Von ihm sollen Impulse ausgehen, wie das Sportleben in der Stadt Georgsmarienhütte weitergefördert und weiterentwickelt werden kann. In einer Zeit, in der das Bewußtsein für eine gesunde körperliche Betätigung immer mehr Raum ge-

winnt, in der auch die nötige Freizeit dafür zur Verfügung steht, muß Gelegenheit gegeben werden, neue Formen der sportlichen Betätigung zu erproben. „Bewegte Freizeit“ – ein Stichwort auch für den Stadtsportverband.

Vorsitzender des Verbandes ist Helmut Stahlmann. Stellvertreter: Heinz Warning (Viktoria 08), Schriftführerin: Ursula Beyer (Hockeyclub), Kassierer: Peter Kompa (SV Harderberg). Zum Vorstand gehören sieben Vertreter der Vereine über 500 Mitglieder und sieben Vertreter der Vereine unter 500 Mitglieder.

Helmut Stahlmann

Sozialhilfekosten

Seit Monaten wird – vor allem mit der Diskussion um die Steuerreform – von verschiedenen Politikern die Forderung nach Übernahme der Sozialhilfekosten durch den Bund erhoben. Die immens gestiegenen Ausgaben – vor allem Folge der steigenden Arbeitslosigkeit – belasten die Haushalte der Städte und Gemeinden (auch der Landkreise) immer mehr. (Georgsmarienhütte: 1987, 1988 und 1989 zwischen 4 und 5 Mio. DM!) So werden die Auswirkungen einer verfehlten Bonner Wirtschafts- und Sozialpolitik bis in die kleinsten Gemeinden spürbar. Die fehlenden Gelder verhindern dringende Investitionen oder den Abbau von Verschuldung, die Arbeitslosigkeit steigt weiter an – ein Kreislauf ohne Ende.

Klaus Kraegeloh



Handlungsbedarf sieht die SPD für die Sanierung der Oeseder Straße.

Foto: K. Kraegeloh

Umsteuern in der Wirtschaftspolitik!

Entgegen anderslautenden, vielfach auch von den Medien kolportierten Behauptungen ist die SPD die einzige Partei in der Bundesrepublik, die ein detailliertes wirtschafts- und finanzpolitisches Programm erarbeitet hat. Darin sind die Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik angegeben und auch die Mittel, mit denen diese Ziele verwirklicht werden können.

Die SPD will der Arbeitslosigkeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Jeder hat ein natürliches Recht auf Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung.

Die SPD hält eine grundlegende und allumfassende ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft für unerlässlich. Notwendig ist auch die Modernisierung unserer Wirtschaft. Nur durch Verfolgung beider Ziele können wir der internationalen Konkurrenz standhalten und dafür sorgen, daß Arbeit und Wohlstand für alle langfristig gesichert sind.

Die SPD tritt ferner ein für eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung und für Mitbestimmung der Beschäftigten.

Vollbeschäftigung sowie ein ausreichendes Einkommen für alle kann durch eine bloß mengenmäßige Ausweitung der Produktion, durch immer mehr und immer teureren Konsum unter hemmungsloser Inanspruchnahme der vorhandenen Energie- und Rohstoffreserven und der natürlichen Lebensgrundlagen und durch den bedenkenlosen Einsatz von Chemie nicht erreicht werden. Not-

wendig sind vielmehr staatliche Rahmenbedingungen, die sparsamen Umgang mit Energie und Rohstoffen bewirken, die Produktionsverfahren und Produkte, die die Natur, die Pflanzen und die Tierwelt und den Menschen schädigen, mehr und mehr zurückdrängen und die umweltfreundlichen Produktionen begünstigen und fördern. Erforderlich ist insbesondere, daß wir auf regenerative Energieträger umsteigen. Die Risiken der Kernenergie sind unbeherrschbar, die Entsorgung von Kernenergieanlagen ist unmöglich, der Ausstieg aus der Kernenergie daher unabwieslich. Und dieser Ausstieg muß so schnell wie irgend möglich erfolgen. Geboten ist darüber hinaus, daß die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas nicht mehr ansteigt, sondern deutlich verringert wird. An-

derfalls droht eine Klimakatastrophe apokalyptischen Ausmaßes. Der auch künftig steigende Weltenergiebedarf kann gedeckt werden, wenn es gelingt, den Wasserstoff mit Hilfe der Sonnenenergie sowie der Wind- und der Wasserkraft zum Hauptenergieträger zu machen. Die technologischen Voraussetzungen dafür sind gegeben. Was nützt, sind politische Rahmenbedingungen, die die Markteinführung der Wasserstoffenergie erleichtern. Umweltschädliche Naturkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes heraufbeschwörende Energieproduktionen müssen erschwert und belastet, umweltfreundliche regenerative Energien begünstigt und gefördert werden, Forschung und Technologieförderung muß sich auf die Ermöglichung des Übergangs zu alternativen



Aus: Vorwärts Nr. 42 (1988), S. 6

Energien konzentrieren und auf die Entwicklung von Produktionsverfahren und Produktionsmitteln, bei denen die Natur geschont, der Rohstoff- und Energieverbrauch verringert und bei denen Schadstoffe und Gifte weder eingesetzt werden noch entstehen. Je mehr eine Produktion die Umwelt belastet, um so mehr muß sie mit Abgaben für die Folgekosten belastet werden. Umgekehrt muß die Steuer- und Abgabenbelastung umweltfreundlicher Produktionen und Produkte deutlich geringer sein. Auf diese Weise kann bei Produzenten und Verbrauchern ein unverzichtbarer, im Eigeninteresse liegender Anstoß für ein umweltbewußtes und umweltfreundliches Verhalten erzielt werden. Die ökologische Erneuerung unserer Volkswirtschaft verlangt hohe Investitionen. Sie schafft nicht nur im Inland, sondern auch weltweit neue Märkte und damit zukunftssichere Arbeitsplätze. Ökologische Erneuerung und Modernisierung sind Voraussetzungen dafür, daß der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland und der durch die Industrialisierung erreichte Volkswohlstand erhalten werden können. Zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ist darüber hinaus erforderlich, daß der Produktivitätszuwachs nicht allein für Einkommenszuwächse bei den Unternehmern und den Beschäftigten verwandt wird, sondern auch, um durch Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dr. Alfred Emmerlich, MdB

Verkehrsclub statt Autolobby!

Seit etwa einem Jahr gibt es den Verkehrsclub der Bundesrepublik (VCD). Im Unterschied zu den großen Automobilclubs – die meistens eine Lobby der Autoindustrie und der Autofahrer darstellen – will der VCD die Interessen aller Verkehrsteilnehmer (besonders der Fußgänger, Fahrradfahrer und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs) vertreten.

Dazu benötigt der VCD überaus viele Mitglieder – damit in Bonn die „Auto-Hörigen“ nicht mehr allein gehört werden! Wer also für Tempobeschränkungen, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Verkehrsberuhigung, einen umweltfreundlichen Autoverkehr u. ä. ist, sollte Mitglied beim VCD werden!

Information: **VCD, Kalkuhlstr. 24 5300 Bonn 3**

Übrigens: Der VCD bietet auch „Normalleistungen“ eines Autoclubs (Schutzbrief, Rechtsschutz, Mitgliederzeitschrift usw.) an.

Weitere Informationen auch bei: Rainer Körte, Tel. 4 00 31.

Die SPD hat einen Frauen-Gesprächskreis!
Treffpunkt: **jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Schützenhaus.**

Jede Frau, die sich hierfür interessiert, ist herzlich willkommen!



Aus: Vorwärts Nr. 41 (1988), S. 50

Zahl der Sozialhilfeempfänger

Auf Antrag der SPD-Fraktion stellt die Sozialabteilung jährlich einen Sozialbericht, der in erster Linie aus statistischen Angaben zum BSHG (Bundessozialhilfegesetz) besteht. Beim Vergleich des Berichts über 1986 mit dem des Jahres 1987 fällt besonders auf, daß die Anzahl der bearbeiteten Fälle mit 15 % stark zugenommen hat (1986: 358 Fälle, 1987: 418 Fälle). Unter „Fall“ wird jeder Antrag auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt verstanden. Die Zahl der betroffenen Personen ist wesentlich höher und

liegt bei über 600. Die Angaben für 1988 liegen noch nicht vor, doch ist ein weiterer Anstieg zu befürchten. Wie groß die Auswirkungen durch die noch nicht erfolgte Aufnahme von Spätaussiedlern sein werden, kann nur vermutet werden. Übrigens: Die Kosten für Sozialhilfe trägt zwar der Landkreis (bis auf die Personalkosten), der holt sich die Gelder über die Kreisumlage aber wieder herein.

Klaus Kraegeloh

Kurze Meldungen

Radwegeplanung

Nach der Sommerpause überlaschte die Verwaltung die Kommunalpolitiker mit der Erkenntnis, daß ihre bisherige Radwegeplanung falsch sei. Radwege sollten, abgesetzt von der Fahrbahn, eine ebene, nicht gepflasterte Decke erhalten. Grund des Sinneswandels: neueste Seminarergebnisse aus Süddeutschland. Ein Blick in den Radwegeplan der SPD von 1981 hätte früher zu dieser Erkenntnis verholfen.

Stadtautobahn

Nach jahrelangem Hin und Her und erfolgreichem Normenkontrollverfahren von Betroffenen wurde die früher als Stadtautobahn bekanntgewordene Straßenplanung durch Herausnahme des Teilstücks hinter der Ev. Kirche (Alt-Georgsmarienhütte) aus dem Flächennutzungsplan aufgegeben. Die fertiggestellte Hochstraße erhielt Einbauten, damit sie nicht zu einer Rennstrecke wird.

Firmenansiedlungen

Die Ausdehnung von Gewerbegebieten im Bereich B 68 / A 33 zur Ansiedlung weiterer Betriebe wurde beschlossen. Kurzfristig konnte ein weiteres Unternehmen mit ca. 100 Beschäftigten nach Georgsmarienhütte geholt werden.

Kulturzentrum

Die Klöcknerhäuser an der Karlstraße – die ursprünglich der Spitzhacke zum Opfer fallen sollten – entwickeln sich mehr und mehr zu einem kulturellen Mittelpunkt. Jetzt konnte das verbleibende Gebäude Nr. 73 an die AWO für verschiedene Aktivitäten übergeben werden.

Aussiedler

Die Stadt bemüht sich, an der Berliner Straße in Alt-Georgsmarienhütte mehrere Aussiedlerfamilien nach Umbau der Gebäude unterzubringen. Ein Mitarbeiter der Stadt wurde zur kommunalen Beratungsstelle nach Osnabrück abgeordnet.

Änderung im SPD-Fraktionsvorstand

Aufgrund gravierender Meinungsunterschiede zur übrigen Fraktion hinsichtlich des SPD-Verhaltens im Stadtrat bei den Abstimmungen über Rathausneubau und Verhalten des Stadtdirektors in Sachen Von-Galen-Straße ist Rainer Korte als stellv. Fraktionsvorsitzender zurückgetreten.

Zu seinem Nachfolger wählte die SPD-Fraktion Hans Szyplulski.

Schmutzwasser – direkt in die Düte

Bei Bauarbeiten an der L 95 wurde entdeckt, daß ein Regenwasserkanal, der direkt in die Düte führt, unzulässig mit einem Schmutzwasserkanal der unteren Wellenkampstraße verbunden war. Eine sofortige bauliche Änderung wurde in Auftrag gegeben.

Kulturarbeit

Das umfangreiche kulturelle Angebot (Kulturfrühling, Teutoburger-Wald-Schau 1990) soll auch in Zukunft nicht beschnitten werden. Hierzu bedarf es der personellen Verstärkung.

Landschaftsplan

Vorreiter beim Landschaftsschutz ist z. Z. die Stadt Georgsmarienhütte. Sie stellte als erste im Großkreis einen fundierten Plan auf, der in den nächsten Monaten intensiv beraten werden soll.

Dieter Selige

JUSOs back on stage!

„They'll never come back“ heißt eine alte Boxerweisheit. Für die JUSOs in Georgsmarienhütte gilt dieser Spruch allerdings nicht. Seit dem 06. September sind sie wieder da. Unter dem Vorsitz von Michael Dreier wird eine bislang noch kleine Gruppe in Zukunft versuchen, sozialdemokratische Politik für junge Leute zu machen und dabei der Mutterpartei kritisch auf die Finger zu schauen.

An Stellungnahmen, die konträr oder auch weitergehend als die herrschende Parteimeinung sind, werden sich die Genossen in Georgsmarienhütte wieder gewöhnen müssen. Das klingt bei einer Mitgliederstärke von z. Zt. 6 Mann vielleicht etwas überheblich, und wir werden auch in nächster Zeit uns hauptsächlich damit beschäftigen, mehr Mitglieder anzuwerben und uns finanziell und organisatorisch zu festigen. Aber die Vertretung von zum Teil provokanten oder außergewöhnlichen Ansichten war schon immer das Vorrecht der Jungsozialisten.

Doch in dem vorherigen Satz liegt schon eines unserer größten Probleme. 6 „Mann“ und keine Frau bzw. kein Mädchen. Mit einer Frauenquote von 0 % stehen wir wirklich nicht gut da. Auf den ersten Blick sieht das vielleicht nicht so schlimm aus, aber auf den zweiten wird deutlich, was diese Situation bedeutet. Nicht nur, daß der Eindruck entsteht, die SPD spricht junge Frauen und Mädchen nicht mehr an. Nein, auch für die Zukunft der Partei bedeutet dieses Schlimmes. Denn wie ließe sich ohne weiblichen Nachwuchs in Georgsmarienhütte

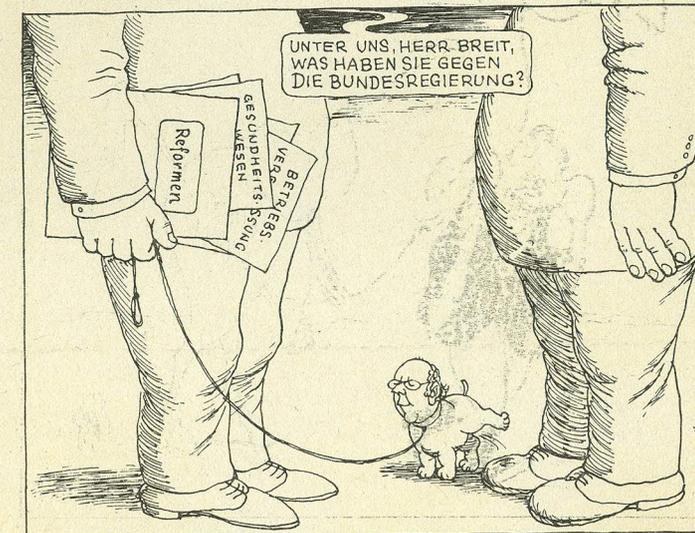
die Quotierung und damit die Vorstandsarbeit in Zukunft aufrechterhalten? Wie könnten wir wieder Wahlen gewinnen? Denn wer wählt schon einen „Altherrenverein“? Darum unser größter Wunsch, FRAUEN UND MÄDCHEN IN DIE SPD!!! Aber auch die Genossen und auch die Noch-nicht-Genossen von 16 bis 35 bleiben aufgefordert, die JUSOs in Georgsmarienhütte durch ihre Mitarbeit zu unterstützen. Denkt auch ihr daran, zu einer guten Demokratie gehören immer mindestens zwei annähernd gleich starke Gruppen, die sich miteinander in fruchtbarer Diskussion auseinandersetzen haben. Fehlt eine dieser Gruppen, z. B. aus Nachwuchsmangel, führt dies zur „Einparteienherrschaft“. Dies wäre der Todesstoß für unsere Demokratie.

Eine weitverbreitete Meinung

unter den Jugendlichen ist, daß man sowieso nichts erreichen kann und daß auf die Jugendlichen eh keiner Rücksicht nimmt.

Klar, wenn jeder allein wurschtelt, kommt nichts dabei heraus. Wenn sich aber einige Leute, denen etwas nicht gefällt und die etwas verändern möchten im Staate Bundesrepublik, zusammen und zusammen etwas gegen die Mißstände in unserem Land unternehmen, dann bringt das sehr wohl etwas, und dann kann man sich auch durchsetzen. Denn EINIGKEIT MACHT STARK. Also, wenn auch Ihr Lust habt, euch politisch zu betätigen (das ist auch nicht so trocken und langweilig, wie sich das bei dem Wort „Politik“ anhört), dann ruft mich doch an.

Michael Dreier, Tel. 4 07 35



Aus: Vorwärts Nr. 43 (1988), S. 6

Endlich! Umdenken in GMHütte?

Nachdem lange Jahre in GM-Hütte die autogerechte Stadt angepeilt wurde (z. B.: Wellendorfer Str., Klöcknerstr., Stadtring, Südring usw. usw.), hat der Rat im Sommer 2 Entscheidungen gefällt, die Anlaß zu vorsichtigem Optimismus geben: Mit Beginn des Winterfahrplans ist Holzhausen an den Nahverkehr der Stadtwerke Osnabrück angeschlossen. Damit ist ein Einstieg in ein Taktsystem vorgenommen; erfreulich, daß gleichzeitig eine Anbindung von Malbergen geschieht; diese Anbindungen werden den städtischen Haushalt jährlich ein paar zehntausend DM kosten – für wahr wenig Geld, gemessen an der 15jährigen Vernachlässigung des öffentlichen Personennahverkehrs und der Ignorierung der Interessen nicht-

motorisierter Bürger/innen. Somit ist auch eine wichtige politische Grundsatzentscheidung gefallen: Die Stadt GM-Hütte ist bereit, Kosten für den Personennahverkehr zu tragen, und bekennt sich damit zu einer Verantwortung für diesen Gesellschaftsbereich. Für welchen Zeitraum und welchen Kostenanfall diese Entscheidung gilt, muß in den nächsten Jahren noch diskutiert und entschieden werden. Die SPD-Fraktion wünscht auf jeden Fall eine weitere Ausdehnung auf andere Stadtteile und erweiterte Fahrzeiten.

Ein zweites erfreuliches Ereignis ist die Schaffung der ersten städtischen Tempo-30-Zone in Oesede-Süd. Nachdem diesbezüglich jahrelang blockiert

und verhindert wurde, ist der Knoten endlich durchgeschlagen worden! Auch damit ist eine Grundsatzentscheidung gefallen: Was für den einen Stadtteil recht ist, ist für die anderen billig!

Beide oben beschriebenen Entscheidungen fielen mit großer Mehrheit – es scheint mir aber nicht unbescheiden zu sein, eine wesentliche Mitbeteiligung der SPD-Fraktion (gerade was das Ausüben von „Druck“ betrifft) festzuhalten.

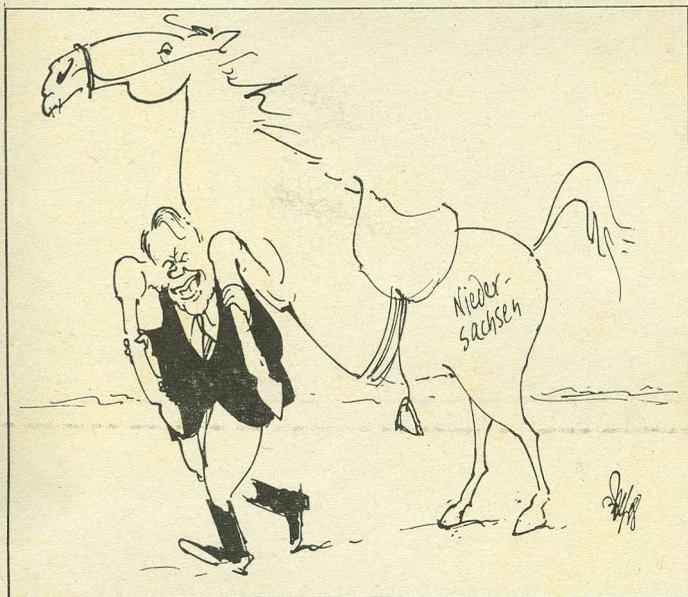
Rainer Korte

Kasino-Park

Den Kasino-Park in Alt-Georgsmarienhütte übernahm die Stadt, um der Firma Klöckner aus ihren Schwierigkeiten zu helfen. Der Park enthält – das wissen Kenner genau – einen in seiner Art und Mannigfaltigkeit einmaligen Bestand von seltenen alten Bäumen. Bänke und Gehwege würden zum Wandern und Verweilen einladen – wenn nicht der Zustand des Parks an vielen Stellen zu wünschen übrig ließe. Bei nassem Wetter kann man kaum trockenen oder sauberen Fußes die weitläufigen Wege benutzen. Wer einmal sehen möchte, wie ein solcher Park auch aussehen könnte, der sollte sich einmal in Bad Iburg umsehen!

Wir meinen, daß mit geringem Aufwand der Park zu einem Schmuckstück der „Stadt im Grünen“ werden müßte!

Klaus Kraegeloh



„Irgendwie muß es schließlich weitergehen!“